

A2 – Neue und gerechte Weltordnung: Zur Sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik im arabischen Raum

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus hat sich die weltpolitische Lage grundlegend verändert

und ist auch für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland eine vollkommen veränderte Situation entstanden. Von nicht minder schwerer Auswirkung sind jedoch inzwischen der internationale Krieg gegen den Terrorismus, der umfassende Wandel der Gesellschaften in der sogenannten arabischen Welt, sowie das endgültige auf den Plan treten neuer Supermächte. Eine Neuformulierung fortschrittlicher sozialdemokratischer Außenpolitik muss diese Veränderungen berücksichtigen, so sie Bestand haben soll.

Europa ist nahezu befriedet, unser Land eine stabile Demokratie und umgeben von seinesgleichen. Das war nicht immer so. Noch zu Zeiten unserer Eltern und Großeltern überzog das Deutsche Reich Europa mit Krieg, beging Völkermord. Willy Brandt zog aus der deutschen Geschichte die Lehre: „Vom deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.“ Dieser Satz gilt bis heute. Leider jedoch ist aus diesem speziell deutschen Pazifismus keine weltweite Bewegung geworden. Das ist auch nicht zu erwarten. Und so sehr wir uns für jeden Konflikt eine friedliche Lösung wünschen, so müssen wir doch feststellen, dass das nicht immer gelingt.

In besonderer Weise trägt jedoch die Deutsche Sozialdemokratie Verantwortung vor der Welt, beansprucht sie doch für sich die Richtlinienkompetenz innerhalb der Regierung einer der größten Wirtschaftsnationen, eines der bevölkerungsreichsten Länder. Dabei bewegt die Außen- und Sicherheitspolitik einer Bundesregierung sich zuweilen in einem besonderen Spannungsfeld zwischen eigenem Anspruch, sowie nationalen und internationalen

Interessen. Ein schlagendes Beispiel hierfür mag sicherlich aus jüngster Vergangenheit die Haltung Deutschlands und Frankreichs in der Libyen-Frage sein. Ein offener Dissens zwischen Deutschland und Frankreich führte hier die Bundesrepublik ins Abseits und war innenpolitischen, nicht etwa außenpolitischen oder gar werteorientierten Ursprungs. So fühlte sich der französische Präsident im beginnenden Wahlkampf zu einer deutlichen Positionierung genötigt, um von der zweifelhaften Verbindung seiner Außenministerin zum tunesischen Regime Abstand zu nehmen, während sich die Bundesregierung angesichts bevorstehender Landtagswahlen auf Zurückhaltung festlegte. Wie man nun auch grundsätzlich zum militärischen Eingreifen in Libyen stehen wollte, so zeigt doch das Beispiel deutlich das Dilemma der gemeinsamen europäischen Außenpolitik, die nicht Geisel innenpolitischer Erwägungen ist: Es gibt sie nicht. Tatsächlich ist das, was als uneinheitliche europäische Außenpolitik wahrgenommen wird, zudem geprägt von einem zunehmenden deutsch-französischen Gegensatz im Umgang mit den Anrainern der Mittelmeerregion. Hier stehen nicht etwa gemeinsame Europäische Interessen im Mittelpunkt, sondern gegensätzliche nationale geostrategische Interessen.

Die Haltung vieler Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegenüber der arabischen Welt ist auch heute noch von imperialistischer Prägung. Mit dem Arabischen Frühling erleben wir aber den Zusammenbruch von Systemen, die wir Europäer gestaltet und gestützt haben, oder mit denen wir uns zumindest gut arrangiert haben. Wir werden konfrontiert mit dem Scherbenhaufen unserer bisherigen Politik, nach welcher wir lieber einen Diktator mehr duldeten, als eine demokratisch legitimierte Regierung, solange wir nur Zugang zu den Rohstoffen eines Landes erhielten und unsere Investitionen sicher waren. Nun erleben wir, wie die Menschen in Tunesien, Ägypten und Libyen ihre Diktatoren überwunden haben, wie sie in Syrien bereit sind ihr Leben zu geben für Freiheiten, die uns Europäern nur selbstverständlich sind. Und statt uns entschieden mit den Freiheitsbewegungen zu

solidarisieren, sie zu fördern und zu begleiten, verfallen wir wieder in alte Denkmuster. Werden nach den für uns bequemen Diktatoren etwa Extremisten an die Macht kommen? Können am Reißbrett entworfene und durch nichts anderes als Despoten zusammengehaltene Staaten, zerbrechen? Hier ist ein grundsätzliches Umdenken dringend notwendig. Anstatt im Namen der Sicherheit auf konservative Diktatoren zu setzen, sollten vielmehr im Namen der Freiheit fortschrittliche Kräfte gefördert werden. Eine sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik muss nicht davon abkehren, auch eigennützige Interessen zu verfolgen, aber sie versucht ihre Interessen nicht von oben nach unten, sondern umgekehrt von unten nach oben, bottom up, zu erreichen.

Neben einer gemeinsamen auf Werten basierenden Außenpolitik sind auch die notwendigen Mittel bereitzustellen für deren Umsetzung. Damit sind hinreichende und gemeinsame Ansätze zur Konfliktprävention durch wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu schaffen. Das Amt der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik ist zudem endlich durch eine erfahrene und durchsetzungsfähige Person zu besetzen.

Allgemein ist die Europäische Angst vor dem Islam mithin zu einem nicht mehr nur retardierenden, sondern gar negativen Moment in der Entwicklung demokratischer Strukturen in der arabischen Welt geworden. Denn die starke Bindung Europas an säkulare Diktatoren macht vor Ort Moscheen zu Orten der Opposition an denen sich Widerstand gegen korrupte Eliten und westlichen Einfluss treffen. Im Sinne einer langfristigen Entwicklung demokratischer Strukturen müssen jedoch gemäßigte und konservative religiöse Kräfte in der arabischen Welt als Partner gesehen werden, nicht als Gegner.

Eine verantwortliche Entwicklungspolitik ist für uns elementarer Teil einer Strategie gegen Hunger, Armut und Umweltzerstörung, Staatszerfall, bewaffnete Konflikte, Gewalt, Krieg und Terrorismus. Wir lehnen jedoch solche Investitionen ab, die allein durch die Hände korrupter Eliten gehen. Investitionen der Europäischen Union sind deshalb vor Ort zu überwachen.

Der „Kampf gegen den Terror“ indes ist nicht vorrangig militärisch zu führen, sondern mit Mitteln ziviler Ermittlungsbehörden, der Justiz und der Polizei. Eine ehrliche und konsequente Entwicklungspolitik ist zudem eine wichtige Grundlage, um die Entstehung des Terrorismus einzuschränken. Die Zusammenarbeit mit den unappetitlichen Geheimdiensten der sogenannten „Partner“ gegen den Terrorismus lehnen wir strikt ab.

Rote Linien sind weiterhin Versuche einzelner Regime in den Besitz von Massenvernichtungs- und insbesondere Atomwaffen zu gelangen. Gegen solches Begehren hat die Europäische Union innerhalb der Staatengemeinschaft alle zur Verfügung stehenden Mittel voll auszuschöpfen, wobei die Anwendung militärischer Gewalt als letztes Mittel zu verstehen ist.

Ebenso ist die Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte für uns nicht verhandelbar. Das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta, die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, sowie das humanitäre Völkerrecht bestimmen den Rahmen unseres Handelns.

Die Bundeswehr ist zusammen mit anderen Partnern an mehreren Friedens- und Stabilisierungsmissionen beteiligt. Diese Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgen grundsätzlich unter einem Mandat der Vereinten Nationen und in enger Abstimmung mit unseren Partnern in der EU und der NATO. Ziel der Europäischen Union muss zudem die Schaffung einer Europäischen Sicherheitspolitik (ESP) sein. Langfristig führt dies zu einer Europäischen Armee, kontrolliert vom Europäischen Parlament. Eine parlamentarische Einzelentscheidung ist für uns dennoch unabdingbar. Unmissverständlich ist jedoch auch, dass Regime, welche Militär gegen die eigene Bevölkerung einsetzen, im Begriff sind, ihre staatliche Souveränität einzubüßen.

Sollte es in dessen Folge jemals zu einem Eingreifen europäischer Staaten kommen, muss

dieses selbstverständlich nach UNO-Richtlinien von der Bevölkerung des Landes gewollt sein. Außerdem darf es niemals auf Basis oder mit dem Abverlangen einer Gegenleistung (auch zu keinem späteren Zeitpunkt) erfolgen.